

AKTUELL



FOTO: SIP/JEAN-CHRISTOPHE VERHAEGEN

In Senningen würde es in der Quadripartite vielleicht etwas eng werden.

VORSCHLAG DER COUR DES COMPTES

Aus drei mach vier

Joël Adami

Neben Gewerkschaften, Patronat und Regierung sollen auch Umweltschutzorganisationen in einer Quadripartite bei wirtschaftlichen Problemen mitdiskutieren. So schlägt es der Rechnungshof in seinem Bericht zum Budget vor.

Die Idee schwebt schon länger im Raum, von einer staatlichen Institution wurde sie jedoch noch nicht geäußert: Das Krisenorgan Tripartite, in dem sich Regierung, Gewerkschaften und Bosse treffen, um sich in ökonomischen Krisensituationen zu beraten, soll erweitert werden. Mit am Tisch sollen künftig die wichtigsten Klima- und Umweltschutzorganisationen sitzen. Das schlägt der Rechnungshof (Cour des Comptes) in einem Bericht zum Budget 2023 vor.

Argumentiert wird das damit, dass das Land erneut vor einer großen Krise steht, nämlich der Klimakrise: „Luxemburg hat bereits erfolgreich einen Strukturwandel bewältigt, der durch die Stahlkrise ausgelöst wurde. Angesichts der Klimakrise und der damit verbundenen extremen Wetterphänomene sowie der Beschleunigung der digitalen Transformationsprozesse zeichnet sich ein weiterer Strukturwandel ab. Das luxemburgische Modell der Abstimmung zwischen der Regierung und den Sozialpartnern hat sich wiederholt als wirksam erwiesen, um aufeinanderfolgende Krisen zu lösen“, heißt es im Bericht.

Die Repräsentant*innen der Klima- und Umweltbewegung sollten nach Vorstellung des Rechnungshofs ihre Sicht mit in die Verhandlungen bringen. Das auch, um sicherzustellen, dass die Abkommen des Krisenorgans nicht nur kurzfristige, sozio-ökonomische Probleme lösen, sondern auch mittel- und langfristige Klimaziele im Blick behalten. „Innerhalb dieser Vierergruppe würde jede Maßnahme im Lichte der gemeinsam festgelegten nachhaltigen Ziele und Leitlinien geprüft, die die wirtschaftliche, soziale und ökologische Nachhaltigkeit Luxemburgs fördern“, schreibt der Rechnungshof weiter.

Der Vorschlag begeistert nicht alle. Gegenüber dem Tageblatt gab Wirtschaftsminister Franz Fayot (LSAP) zu verstehen, die Regierung könne sich die Meinung von Umweltschutzorganisationen in anderen Foren einholen. Das entspreche jedoch nicht der Realität, meint der Mouvement écologique: „Bis dato holte weder der Premierminister noch der Wirtschafts- oder die Finanzministerin die Meinung eines Mouvement écologique ein“, schreibt die Umweltorganisation in einer Stellungnahme zu dem Vorschlag des Rechnungshofs.

Ist der Méco unbequemer als der OGBL?

Den begrüßt der Méco ausdrücklich und betont auch, dass ein großer Unterschied zwischen Meinungen einholen und einem konstruktiven Austausch von Argumenten bestehe. „Der Rechnungshof wirft dabei eine sehr fundamentale Frage auf. Die Klimakatastrophe betrifft in der Tat alle Sektoren und hat verstärkt Eingang in den Diskurs vieler Akteure gefunden. Trotzdem brauchen gesellschaftliche Belange immer auch eine spezifische Stimme aus der Zivilgesellschaft. Dies umso mehr, als diese Stimme als solche (noch) nicht in den klassischen gesellschaftlichen Gremien vertreten ist“, heißt es vonseiten des Méco.

Die Umwelt-NGO legt sich in ihrer Stellungnahme nicht fest, ob sie Mitglied einer Quadripartite sein will – oder ob ein anderes Gremium benötigt wird. Fest steht für den Méco, dass die Perspektive von Umweltschutzorganisationen stärker in den politischen Diskurs einfließen muss: „Tripartite, Wirtschafts- und Sozialrat, ‚Observatoire de la compétitivité‘ – all diese Gremien haben ihre Funktionsweise in dieser Hinsicht nicht reformiert. Dabei prägen sie den gesellschaftlichen Diskurs und politische Entscheidungen in erheblichem Ausmaß.“ Die Umwelt-NGO moniert dann auch, dass die Klimaplattform, die im Klimagesetz festgeschrieben wurde, bisher erst einmal getagt hat und vor allem eine Vorstellungsrunde stattgefunden hat.

SHORT NEWS

Weniger Steuererleichterungen für Greenwashing

(ja) – Grüne Finanzprodukte sind in aller Munde, nachdem diese Woche ein internationales Team von Journalist*innen unter Leitung des niederländischen Mediums „Follow the Money“ aufgedeckt hat, dass die Hälfte der „nachhaltigen“ Fonds Geld in fossile Energien und Fluggesellschaften investiert. Die EU-Taxonomie für nachhaltige Investitionen sollte eigentlich für mehr Klarheit im Sektor sorgen. Dadurch, dass Erdgas- und Kernkraftwerke als „grün“ gelabelt wurden, ist die Verwirrung jedoch größer als zuvor. Die Luxemburger Regierung hat mit einem Abänderungsvorschlag für das Budget darauf reagiert. So können Investitionen in Gas und Kernkraft trotz Taxonomie künftig nicht mehr von einer günstigeren „Taxe d’abonnement“ profitieren. Die Umweltschutzorganisationen Greenpeace und Mouvement écologique freuten sich in einer Pressemitteilung darüber und forderten die Regierung auf, auch in öffentlichen Fonds Investitionen in Kernkraft oder fossile Energien auszuschließen. Allerdings wird es weiterhin möglich sein, dass Fonds mit einem geringen Anteil an nachhaltigen Investitionen von einer niedrigeren Steuer profitieren. Lediglich die Hälfte des Investitionsvolumens muss nachhaltig sein, um von der niedrigstmöglichen Steuer von 0,01 Prozent zu profitieren. Bei einem Anteil von 35 Prozent ist der Steuersatz 0,02 Prozent, bei 20 Prozent sind es 0,03 Prozent. Fonds, die zu einem Großteil in fossile Energien investieren, können sich ihr Greenwashing in Luxemburg also dennoch steuerlich begünstigen lassen.

Saubermann mit Grauschleier

(rg) – Eine Verurteilung zu einem Jahr Gefängnis mit Bewährung reicht der ADR nicht, ihrem Mitglied Roy Reding nahezu legen, sein Mandat als Abgeordneter abzugeben. Die Erklärung: Die Verurteilung betreffe eine private Affäre des Zentrumsabgeordneten. Zudem habe er ja Einspruch eingelegt und demnach komme es zu einem zweiten Prozess. Bezüglich der Justiz genießen Abgeordnete einen Sonderstatus, denn es gilt zu vermeiden, dass eine Gewalt in die Befugnisse der anderen eingreift. Für Vergehen, die nichts mit der Ausübung des gesetzgeberischen Amtes zu tun haben, gilt allerdings keine „Immunität“ für Abgeordnete. Das heißt aber auch im Umkehrschluss, dass es an den Abgeordneten und ihren Fraktionen hängt, die notwendigen Schlüsse aus einer etwaigen Verurteilung zu ziehen. Nun ist Roy Reding nicht nur wegen seiner schönen Augen ins Parlament gewählt worden, sondern auch weil er sich sehr öffentlichkeitswirksam als Anwalt mit Expertise im Immobilienbereich ins Gespräch gebracht hat. Mit seiner Partnerin, Notarin von Beruf, hat er im „Opene Kanal“ auch schon vor seiner Wahl zum Abgeordneten seine Zuschauer*innen unter anderem über Immobilienrecht „aufgeklärt“. Dass er jetzt in einer Affäre von Immobilienbetrug in erster Instanz verurteilt wurde, entbehrt also nicht einer gewissen Brisanz. Das insbesondere bei einer Fraktion, deren Mitglieder sich gerne als Saubermänner der Nation aufspielen: Sie werden nicht müde, den Rücktritt von Minister*innen zu fordern, selbst dann, wenn es in den ihnen zu Lasten gelegten Vorwürfen noch nicht einmal zu einer Anklage gekommen ist.

Une prison sans condamnés

(fg) - La nouvelle prison d’Uerschterhaff à Sanem a été inaugurée en grande pompe ce mercredi 30 novembre. Parallèlement, une manifestation organisée sur place par quatre associations en a dénoncé la construction, estimant que « 85 % des personnes actuellement détenues au Luxembourg n’y ont pas leur place ». D’un coût de 170 millions d’euros, l’établissement dispose de 400 places qui s’ajoutent aux 710 déjà existantes à Schressig et à Givenich. Il sera exclusivement destiné à des hommes en détention préventive. Son ouverture répond ainsi aux exigences des textes internationaux qui préconisent une séparation entre détenus en attente de procès et détenus déjà condamnés. Le nombre de détentions préventives avoisine 50 % au Luxembourg, l’un des taux les plus élevés en Europe (29 % en France et 20 % en Allemagne). Sur les ondes de 100.7 dont il était l’invité mercredi, le directeur de l’Administration pénitentiaire, Serge Legil, a expliqué ce chiffre par la taille du pays : un grand nombre de suspects interpellés résidant à l’étranger, la justice n’a d’autre choix que de les incarcérer en attendant les conclusions des enquêtes. Autrement dit, si on les laisse courir, il y a peu de chance qu’ils remettent les pieds au Luxembourg pour répondre de leurs actes. Le dernier rapport de l’Administration pénitentiaire ne détaille pas les origines des détenus en préventive, mais le fait pour l’ensemble des personnes incarcérées : au 1^{er} janvier 2022, 45,1 % des détenus étaient des résidents étrangers-ères tandis que 54,9 % habitaient au Luxembourg. 64 % des détenus étrangers-ères étaient originaires de l’UE, 24 % d’Afrique, 6,8 % d’autres pays européens, 3 % d’Asie et enfin 1 % des Amériques.